Familienpolitische Empfehlungen für die neue Legislaturperiode

12.10.16 | Berlin

Familienpolitische Empfehlungen für die neue Legislaturperiode

Familienpolitik in der 18. Legislaturperiode (2016 - 2021) – Wichtige Eckpunkte für die Koalitionsvereinbarung

Der Berliner Beirat für Familienfragen hat seine familienpolitischen Forderungen an die künftige Landesregierung formuliert. Wichtigster Punkt: Berlin muss familiengerechter werden.

Verabschiedung des Familienbeirats in bisheriger Besetzung

Zum Ende der 17. Legislaturperiode wurde der Berliner Beirat für Familienfragen von Familiensenatorin Sandra Scheeres traditionell im Roten Rathaus verabschiedet. Scheeres dankte den 26 Beiratsmitgliedern, den beiden Vorsitzenden und der Geschäftsstelle für ihre engagierte Arbeit. Die Senatorin unterstrich, dass Familienpolitik eine Querschnittsaufgabe sei, für die von dem unabhängigen Gremium zahlreiche wichtige Impulse ausgingen. Mit dem Verweis auf Familienbericht und Familienportal hob Scheeres einige der zentralen Arbeitsschwerpunkte des Beirats hervor.

Zugleich betonte sie, wie wichtig die Einrichtung des Gremiums gewesen sei.

Familienpolitische Forderungen an die künftige Landesregierung

In seiner letzten Sitzung wies der Beirat nochmal eindringlich auf die große Bedeutung familienpolitischer Maßnahmen für Bildung, Arbeit und Gesellschaft hin. Einstimmig wurde eine Stellungnahme zu familienpolitischen Schwerpunkten für die kommende 18. Legislaturperiode (2016 - 2021) beschlossen und an den Senat sowie die Verhandlungsführer der laufenden Koalitionsverhandlungen übergeben.

Kernthema des Forderungspapiers ist die Umgestaltung Berlins zu einer familiengerechten Metropole. Allen Kindern solle der Zugang zu guter Bildung offen stehen, Kinderarmut müsse reduziert und ein gesundes Aufwachsen ermöglicht werden. Dafür müsse der Qualitätsausbau in der frühkindlichen Bildung weiter vorangetrieben werden. Zudem läge in der schulischen Ausbildung der Fokus auch künftig auf der Reduzierung der Schulabbrecherquote. Dafür seien die Bildungseinrichtungen zu sanieren und zu modernisieren.

Für eine gelingende Vereinbarkeit von Beruf und Pflege empfiehlt der Beirat zudem die Entwicklung einer gesamtstädtischen Strategie. Demnach seien Angebote flexibler Kinderbetreuung auszubauen und entsprechende Modellprojekte, wie etwa "MOKIS" (Mobiler Kinderbetreuungsservice), nachhaltig zu unterstützen. Ziel müsse es sein, eine gute Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Pflege zu realisieren.

Die vollständige Stellungnahme des Berliner Beirats für Familienfragen "Familienpolitik in der 18. Legislaturperiode (2016 - 2021) – Wichtige Eckpunkte für die Koalitionsvereinbarung" finden Sie im Downloadbereich dieses Beitrags oder unter www.familienbeirat-berlin.de.

Download

Familienpolitik in der 18. Legislaturperiode – Wichtige Eckpunkte für die Koalitionsvereinbarung

Forderungspapier des Berliner Familienbeirats (PDF 225 KB)

- Auf Xing teilen
- Auf Facebook teilen
- Auf X teilen
- Auf LinkedIn teilen

- Drucken
- Als PDF speichern

Ihre Ansprechpartnerin zum Thema Vereinbarkeit

Abteilungsleiterin Soziale Sicherung

Carolin

Vesper

Telefon:
+49 30 31005-146

Telefax:

+49 30 31005-154

E-Mail:
Vesper [at] uvb-online.de

Download VCF